

BAURECHT

Bauen in NRW
wird einfacher

POLIZEIGESETZ

Sicherheit steigern,
Bürgerrechte schützen

Richtungsentscheidung für Europa

Interview mit Moritz Körner und Michael Kauch,
Platz eins und zwei des FDP-NRW-Vorschlags zur Europawahl

Liebe Freie Demokraten,

hinter uns liegt ein arbeitsintensives Jahr, in dem wir erfolgreich an der Modernisierung von Nordrhein-Westfalen und im Bund an unserer klaren Positionierung als Kontrast zum Stillstand der Großen Koalition gearbeitet haben. In den Umfragen ist die Lage für uns außerordentlich stabil – alles andere als selbstverständlich. Bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen haben unsere Freunde vor Ort mit Blick auf die jeweils nicht einfache Ausgangslage gute Ergebnisse erzielt. Dennoch können und müssen wir als Gesamtpartei daran arbeiten, das vorhandene Potenzial in der aktuell chancenreichen Lage des Parteiensystems noch besser zu nutzen – gerade mit Blick auf die aktuellen Umfragewähler der Grünen und insbesondere auch nach der Neuaufstellung der CDU.



Johannes Vogel

Generalsekretär der FDP NRW

In NRW zeigen wir im Regierungshandeln im Kontrast zur Bundesregierung, wie überzeugende Politik gehen kann: Vorbereitung der Talentschulen und Einführung des Schulfachs Wirtschaft, Entfesselungspakete und mehr Tempo bei der Digitalisierung, Kita-Rettung und die vollständige Weitergabe der Integrationspauschale an die Kommunen – wir bringen unser Land voran!

Das führt manchmal zu Gegenwind: Unser Landesvorsitzender Joachim Stamp hat – von der gesamten Landespartei immer unterstützt – nie Zweifel daran aufkommen lassen, dass er mit allen rechtsstaatlichen Mitteln konsequent gegen Gefährder vorgeht. Und so haben wir uns mit ihm darüber gefreut, dass das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen vor einigen Wochen das Abschiebeverbot gegen Sami A. aufgehoben hat.

Bildung gerade im digitalen Zeitalter zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu machen, erfordert ebenso konsequentes Handeln. Eine größere Unterstützung des Bundes bei dieser nationalen Aufgabe muss daher allem Widerstand zum Trotz kommen. Im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat kann es deswegen nach unserer Überzeugung nur darum gehen, die vorgelegte Grundgesetzänderung besser und mehrheitsfähig zu machen.

Ich wünsche Ihnen einen ruhigen Jahreswechsel mit Ihren Lieben und Zeit zum Krafttanken. Denn die brauchen wir im kommenden Jahr: Die Europawahl ist für uns Liberale, gerade im Bündnis mit den moderaten, pro-europäischen Kräften der Mitte und „En Marche“, eine echte Chance. Ich freue mich schon jetzt darauf, diese Richtungswahl für unseren Kontinent mit Ihnen gemeinsam anzugehen!

Ihr

Johannes Vogel



johannes-vogel.de



[facebook.com/](https://facebook.com/johannesvogel)

[johannesvogel](https://facebook.com/johannesvogel)



[twitter.com/](https://twitter.com/johannesvogel)

[johannesvogel](https://twitter.com/johannesvogel)



[instagram.com/](https://instagram.com/johannesvogel)

[johannesvogel](https://instagram.com/johannesvogel)



Sie können das liberal.nrw
auch online lesen!

Besuchen Sie dazu einfach:

issuu.com/liberal-nrw

Große Zukunftsfragen nur europäisch zu lösen

EUROPAWAHL 2019 Die Landesvertreterversammlung der FDP NRW hat Moritz Körner (28) und Michael Kauch (51) auf die ersten beiden Plätze des NRW-Vorschlags für die Bundesliste der Freien Demokraten zur Europawahl gewählt.



Herr Körner, oftmals hört man den Satz: „Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa.“ Was bewegt Sie nun, für das Europäische Parlament zu kandidieren?

Körner: Ich möchte mich genau jetzt im Europäischen Parlament einbringen, weil wir vor einer Schicksalswahl in Europa stehen. Ein Europaparlament mit einer Mehrheit der Populisten und Nationalisten verspielt seine Zukunft. Insbesondere die großen Zukunftsfragen können nur europäisch gelöst werden.

Spielt die EU für junge Menschen in Ihren Augen überhaupt eine Rolle?

Körner: Auf jeden Fall! Meine Generation kann sich ein Europa ohne Frieden und Wohlstand nicht mehr vorstellen. Und wenn es um Reise-

freiheit oder Erasmus geht, dann spüren gerade die jungen Menschen die Vorteile der EU ganz direkt.

Sie, Herr Kauch, waren bereits Mitglied des Deutschen Bundestages. Was reizt Sie nun am Europaparlament?

Kauch: Ich stehe für Wechsel zwischen Wirtschaft und Politik. Seit mehreren Jahren bin ich selbstständig und unterstütze Innovationen im Gesundheitswesen. Mit beruflicher und parlamentarischer Erfahrung möchte ich die immer wichtigeren Entscheidungen des Europaparlaments in eine liberale Richtung lenken.

Oft heißt es, die Europawahl 2019 sei eine Richtungswahl. Stimmt das?

Moritz Körner (re.) ist 28 Jahre alt und seit 2017 Abgeordneter im Landtag Nordrhein-Westfalens. Von 2013 bis 2018 führte er die Jungen Liberalen Nordrhein-Westfalen als Landesvorsitzender an, seit 2014 ist er Vorstandsmitglied der FDP NRW.

Michael Kauch (li.) wurde 1967 geboren und war von 2003 bis 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 2001 ist er Vorsitzender des FDP-Bundesfachausschusses für Arbeit und Soziales, und seit 2013 ist er der Bundesvorsitzende der Liberalen Schwulen und Lesben.

Kauch: Eindeutig. Rechtspopulismus oder Freiheit. Stillstand oder Innovation. Darum geht es.

Wo sehen Sie die Europäische Union in zehn Jahren?

Körner: Ich bin optimistisch, dass wir eine bessere EU haben werden, die sich auf ihre Schwerpunkte konzentriert. Ob Handel, Digitalisierung, Außenpolitik, Klimaschutz oder Grenzschutz – da brauchen wir eine starke EU, die bürgernäher, unbürokratischer und transparenter ist.

Was sind die konkreten Themen, die Sie auf europäischer Ebene voranbringen wollen?

Körner: Im Landtag habe ich als hochschulpolitischer Sprecher und im Untersuchungsausschuss zum Fall Amri bisher Themen behandelt, die mir auch auf europäischer Ebene wichtig sind. Unsere Sicherheitsbehörden brauchen eine bessere Zusammenarbeit und einen reibungsloseren Informationsaustausch. Außerdem bin ich davon überzeugt, dass Forschung an Zukunftsthemen und damit Innovation zu einem noch stärkeren Schwerpunkt im europäischen Haushalt werden müssen.

Kauch: Ich möchte Innovationshemmnisse für neue Technologien beseitigen, den EU-Emissionshandel ausweiten und soziale Chancen

**„EIN EUROPAPARLAMENT
MIT EINER MEHRHEIT
DER POPULISTEN UND
NATIONALISTEN
VERSPIELT SEINE ZUKUNFT“**

unabhängig von der Herkunft voranbringen. Ich stehe für die Bürgerrechte von Lesben, Schwulen und Transgender. Und ich will eine europäische Armee.

Sie leiten den FDP-Bundesfachausschuss für Arbeit und Soziales – wie stehen Sie zur Sozialunion in Europa?

Kauch: Eine Transferunion in der Sozialpolitik muss verhindert werden. Eine EU-Arbeitslosenversicherung ginge ungerechtfertigt zulasten der deutschen Beitragszahler. Was wir brauchen, sind praktische Verbesserungen: etwa sicherzustellen, dass Erwerbstätigkeit in wechselnden EU-Staaten keine Renten-Lücke bedeutet.

Wie kann eine bessere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden in der Europäischen Union konkret ausgestaltet werden?

Körner: Wir müssen europäische Gremien wie Europol und das Amt des Anti-Terror-Koordinators der Union stärker aufwerten. Wir brauchen ein europäisches Kriminalamt gegen Terrorismus und eine Stärkung von Eurojust, um die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaften zu vertiefen.

„WIR BRAUCHEN EINE STARKE EUROPÄISCHE UNION“

Worauf wird es im Europawahlkampf besonders ankommen?

Kauch: Nicht allgemein für Europa streiten, sondern für liberale Politik in Europa. In Brüssel wie in Berlin regiert eine GroKo-Mehrheit – mit vergleichbar schwachen Ergebnissen.

Bisher war die Wahlbeteiligung bei der Europawahl eher geringer. Glauben Sie, das wird bei dieser Wahl anders?

Kauch: Definitiv. Es geht um eine Richtungsentscheidung für Europa und um ein Signal für Berlin.

Körner: Wir müssen mit möglichst vielen Menschen sprechen und sie von der Bedeutung dieser Wahl überzeugen. Mit einem mutigen und kreativen Wahlkampf werden wir nicht nur ein gutes FDP-Ergebnis erreichen, sondern auch zu einer höheren Wahlbeteiligung beitragen. ■



3 Fragen an Nicola Beer

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2019 treten die Freien Demokraten mit einer gemeinsamen Bundesliste an, die Ende Januar in Berlin aufgestellt wird. Der Bundesvorstand hat beschlossen, Generalsekretärin Nicola Beer, MdB, als Spitzenkandidatin vorzuschlagen.

Warum ist die Europawahl im kommenden Mai so wichtig?

Nicola Beer: Diese Wahl ist eine Richtungsentscheidung. Denn Europa steht vor großen Herausforderungen. Doch eine faktische Große Koalition aus EVP und S&D nimmt sich keiner der großen Aufgaben wirksam an. Gleichzeitig nimmt der Populismus auf der rechten wie der linken Seite zu. Der „Brexit“ hat das Selbstverständnis der EU auf den Prüfstand gestellt. Klar ist: Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass die EU sich reformiert. Um endlich praktikable und zukunftsorientierte Lösungen für die großen Fragen umzusetzen. Als Freie Demokraten wollen wir diesen Mut zur Veränderung aus der Mitte der Gesellschaft im EU-Parlament stärken.

Welche Bedeutung hat die Zusammenarbeit der ALDE-Parteien, also des Zusammenschlusses der liberalen Parteien in Europa, mit der Bewegung „La République en Marche“ von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron?

Nicola Beer: Diese Zusammenarbeit sammelt alle reformerischen Kräfte der Mitte, die auf Erneuerung und Innovation setzen. Sie hat eine klare Zukunftsvision und setzt so einen bewussten Kontrapunkt zu allen anderen Kräften. Damit wollen wir die Menschen in Europa wieder begeistern, Europa gemeinsam zu gestalten. Je stärker wir gemeinsam werden, umso besser können wir als politische Kraft aus der Mitte der Gesellschaft bei diesem Reformprozess voranschreiten, Zukunft gestalten und die Europäische Union grundlegend erneuern.

Mit welchem Ziel gehen Sie persönlich in die Europawahl?

Nicola Beer: Ich möchte mit einer starken deutschen FDP-Delegation in einer starken ALDE-Fraktion gemeinsam mit unseren Partnern aus der europäischen Parteienfamilie zeigen, wie die vielen Potenziale, die in Europa stecken, endlich freigesetzt werden können und müssen. Dies voranzubringen, ist mir als überzeugter und leidenschaftlicher Europäerin sehr wichtig. ■

Fraktion im Dialog – Werkstattgespräche

DEBATTEN In ihren Werkstattgesprächen debattiert die FDP-Landtagsfraktion regelmäßig mit Experten und Bürgern über Fachthemen.



Ralf Witzel, Thomas Görner, Ralph Bombis,
Dr. Peter Achten, Christian Friedrich

Zwischen Tante Emma und Amazon – Zukunft des stationären Einzelhandels

Stationärer und digitaler Handel sind keine Gegensätze, sondern verschiedene Kanäle, die im besten Fall Hand in Hand gehen. Darüber waren sich die Experten beim Werkstattgespräch zur Zukunft des stationären Handels einig. Die Stärkung des stationären Einzelhandels ist der FDP-Fraktion ein besonderes Anliegen. „Als regierungstragende Fraktion haben wir mit dem Entfesselungspaket frühzeitig Impulse und für die Zukunft des Einzelhandels auch die richtigen Weichen gesetzt“, betonte Ralph Bombis, Sprecher für Wirtschaft und Mittelstand der FDP-Landtagsfraktion. Gemeinsam mit den Gästen entwickelte sich aus den Vorträgen der Expertenrunde mit Peter Achten, dem Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands NRW, dem Geschäftsführer von HIFI & FOTO KOCH, Thomas Görner, und dem Datenanalytiker Christian Friedrich von statmath ein lebendiger Austausch. Die Möglichkeiten und Optionen, den Kunden auch in Zukunft in die Geschäfte zu locken, stimmten die Teilnehmer optimistisch. Denn wer sich online erkundigt, muss noch lange nicht online kaufen. ■

Grundsteuerreform meistern – Chancen der Vereinfachung nutzen, Rechtssicherheit schaffen

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: Die Grundsteuer muss zeitnah reformiert werden. Damit wurden die historischen Einheitswerte von Grundstücken gekippt. Auf dem Werkstattgespräch der FDP-Landtagsfraktion wurden die Auswirkungen auf Mieter, Unternehmen oder Eigenheimbesitzer sowie die Herausforderungen für die Politik engagiert und teilweise kontrovers diskutiert. Die inhaltlichen Impulse dazu lieferten die Experten Prof. Dr. Dirk Löhner von der Hochschule Trier, Dr. Stefan Ronnecker, Steuerreferent beim Deutschen Städtetag/Städtetag NRW, Dr. Werner Fliescher, Vorstandsmitglied von Haus & Grund Rheinland, und Dr. Florian Neumeier, Wissenschaftler am ifo Institut München. „Ziel der FDP-Landtagsfraktion ist ein Modell, das möglichst rechtssicher sowie bürokratiearm ist und außerdem Bürgerinnen und Bürger wie Betriebe nicht stärker belastet. Es soll eine Lösung gefunden werden, die einfache und sachgerechte sowie moderate Besteuerung verbindet“, erläuterte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und finanzpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Ralf Witzel. ■



Dr. Stefan Ronnecker, Dr. Werner Fliescher,
Ralf Witzel, Prof. Dr. Dirk Löhner, Dr. Florian Neumeier,
Stephen Paul



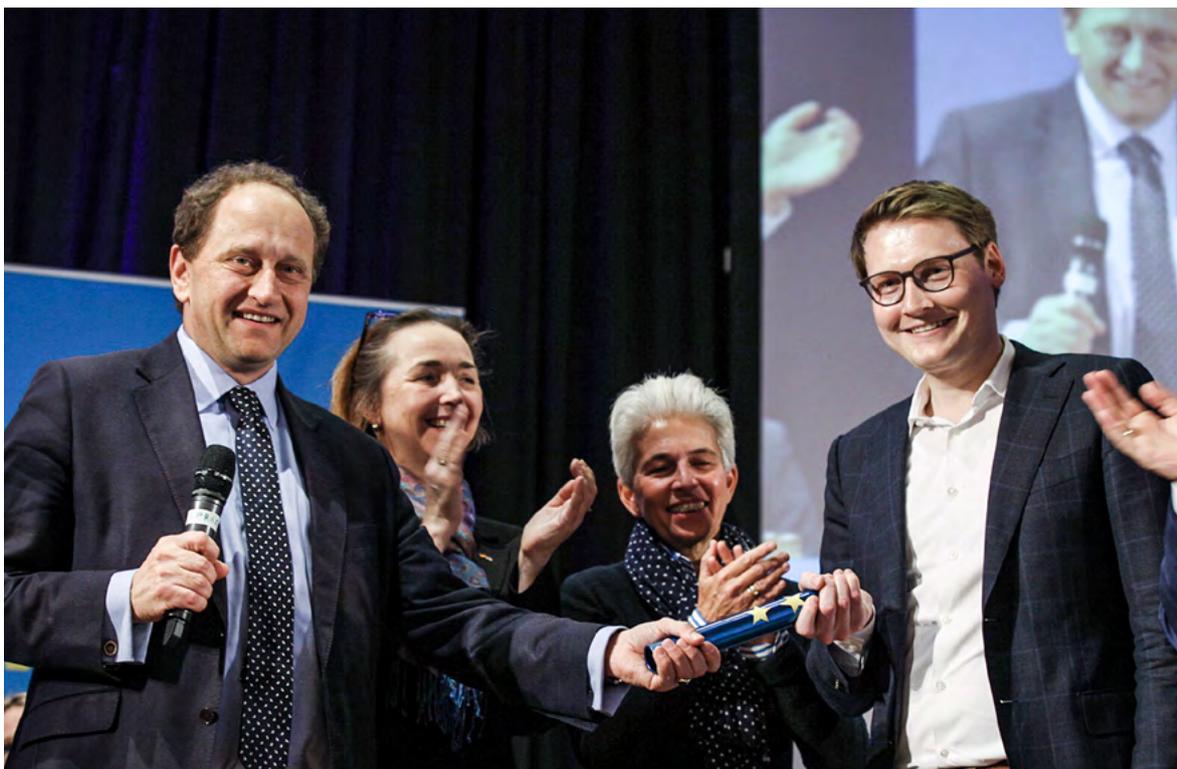
Dr. Thomas Kreifels, Dr. Nikolas Hübschen,
Anne-José Paulsen, Prof. Dr. Rupprecht Podszun,
Christian Mangan, Marc Lürbke, Jörg Baack

Gerichtsstandort Düsseldorf nach dem Brexit stärken

Mit der Einrichtung einer Kammer für internationale Wirtschaftsverfahren, einem Commercial Court, könnte Düsseldorf eine herausgehobene Stellung unter den internationalen Gerichtsstandorten einnehmen. Darüber herrschte bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Werkstattgesprächs der FDP-Landtagsfraktion Einigkeit. Denn gerade der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union könnte für die Landeshauptstadt neue Türen öffnen. „Auch wenn die FDP-Fraktion den Brexit überaus bedauert, wollen wir die Chancen nutzen, die sich aus der Verlagerung von Unternehmen oder Institutionen ergeben“, erklärte Christian Mangan, rechtspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. Als Referenten waren Prof. Dr. Rupprecht Podszun von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, die ehemalige Präsidentin des Oberlandesgerichts Düsseldorf, Anne-José Paulsen, Dr. Nikolas Hübschen von Uniper, Dr. Thomas Kreifels von Freshfields Bruckhaus Deringer sowie Jörg Baack vom Ministerium der Justiz des Landes NRW zu Gast. ■



Ausführliche Informationen zu
den einzelnen Werkstattgesprächen:
meinefraktion.de



„Ja“ zu Europa!

LANDESVERTRETERVERSAMMLUNG Mitte November fand in Bonn die Landesvertreterversammlung der FDP Nordrhein-Westfalen statt. Dabei wurden unter anderem die Kandidatenvorschläge für die gemeinsame FDP-Bundesliste zur Europawahl 2019 gewählt.

Der Vorsitzende der FDP NRW, Dr. Joachim Stamp, zitierte zunächst den verstorbenen NRW-Parteifreund und ehemaligen Bundesaußenminister Dr. Guido Westerwelle: „Wenn die Idee der europäischen Einheit nicht mehr hervorgebracht hätte als 70 Jahre Frieden – sie hätte sich schon gelohnt.“ Diese Haltung Westerwelles gelte in Zeiten, in denen die politischen Ränder die offene Gesellschaft und die Europäische Union bedrohten, mehr denn je. Mit Blick auf die tagesaktuelle Politik in der EU stellte

Stamp fest: „Im Haus Europa gibt es eine klare Hausordnung, und an die muss sich jeder halten. Das gilt natürlich auch mit Blick auf die Haushaltskasse. Was die italienischen Populisten hier abliefern, gefährdet die Statik des ganzen Hauses Europa, und das können wir nicht hinnehmen.“ Mit Blick auf die anstehende Europawahl im Jahr 2019 forderte der Vorsitzende der FDP NRW die Delegierten auf, diese auch zu einer Frage der Haltung zu machen. „Lasst uns konsequent ‚Ja‘ sagen zu Europa. Denn Europa ist unsere Zukunft“, so Stamp.

Bild oben: Staffelübergabe: Nach vielen Jahren im EU-Parlament ist Alexander Graf Lambsdorff seit 2017 stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion und übergibt den Staffeltab an die Nummer eins der FDP-NRW-Kandidatenvorschläge für die Bundesliste zur Europawahl, Moritz Körner

Für diese Zukunft hat sich die FDP NRW bei der Landesvertreterversammlung aufgestellt: Zum einen wählte sie die Delegierten für den Europaparteitag des FDP-Bundesverbandes und zum anderen ihre Kandidatenvorschläge für die gemeinsame Bundesliste. Auf Platz eins geht Moritz Körner für die nordrhein-westfälischen Liberalen ins Rennen. „Ich streite für ein starkes Europa, das mutig die nur gemeinsam zu lösenden Fragen angeht, aber den Bürgern im Alltag ihren Freiraum lässt“, so der 28-jährige NRW-Landtagsabge-



Rede Joachim Stamp
(links), Vorstellung
Clarisse Höhle (rechts)
und Abstimmung (unten)



ordnete. Er forderte unter anderem mehr Tempo im Bereich von Wissenschaft und Forschung: „Schon heute ist Forschung europäisch, und wir müssen aufpassen, dass Europa im internationalen Wettbewerb nicht den Anschluss verliert. Deswegen brauchen wir eine neue europäische Forschungsinitiative zu künstlicher Intelligenz und modernster Robotik.“

Auf Platz zwei der FDP-NRW-Kandidatenvorschläge wählten die Delegierten Michael Kauch. Der 1967 geborene ehemalige Bundestagsabgeordnete machte in seiner Rede deutlich: „Wir haben ein gemeinsames Schicksal in Europa. Unser Schicksal ist der gemeinsame Kampf für ein Europa der Freiheit.“ Mit Blick auf die aktuelle Lage in der EU sagte er: „In Brüssel regiert de facto eine Große Koalition, er herrschen Überregulierung und Subventionsdenken. Keine Europa-Begeisterung sollte das überdecken: Die GroKo in Brüssel und die GroKo in Berlin – beide gehören abgewählt.“

Auf Platz drei votierten die Delegierten für Dr. Michael Terwiesche. Gerd Kaspar geht für die FDP NRW als Nummer vier zur Europawahl 2019 an den Start. Dr. Ulrich Klotz ist die Nummer fünf der FDP NRW zur Europawahl, Clarisse Höhle die Nummer sechs. Gregor Schäfer, Guido Müller, Patrick Schunn und Vincent Felix Bartscher komplettieren die ersten zehn Plätze.

Die Generalsekretärin der FDP, Nicola Beer, wurde bereits vom Bundesvorstand als FDP-Spitzenkandidatin zur Europawahl nominiert und der Landesvertreterversammlung der FDP NRW live zugeschaltet. Sie sagte, die FDP stehe für „European Mut“ und wolle mit aller Leidenschaft für Frieden, Freiheit und Wohlstand kämpfen. „Wir wollen ein Europa der Eigenverantwortung,

DIE FDP STEHT FÜR „EUROPEAN MUT“

das die eigenen Stärken nutzt“, so Beer. „Gemeinsam mit unseren liberalen europäischen Partnern wollen wir einen neuen Aufbruch Europas gestalten“, beendete der Generalsekretär der FDP NRW, Johannes Vogel, die Veranstaltung mit klarer Zielsetzung. ■



Video der Rede von
Dr. Joachim Stamp:
bit.ly/2BZITxs



Die Vorschläge der FDP NRW für die gemeinsame Bundesliste zur Europawahl:

1. Moritz Körner
2. Michael Kauch
3. Dr. Michael Terwiesche
4. Gerd Kaspar
5. Dr. Ulrich Klotz
6. Clarisse Höhle
7. Gregor Schäfer
8. Guido Müller
9. Patrick Schunn
10. Vincent Felix Bartscher
11. Annina Frangenberg
12. Jessica Gaitskell
13. Eva Thielen
14. Nicole Weidemann
15. Udo van Neer



Alle Kandidatinnen und
Kandidaten:
fdp.nrw/europa



Nordrhein-Westfalen als Heimat wieder ein Stück lebenswerter und fortschrittlicher machen

Bauen in NRW wird einfacher

BAURECHT Wohnraum ist knapp in Nordrhein-Westfalen. Laut Modellrechnung der NRW.Bank werden in NRW bis 2020 jedes Jahr 80.000 neue Wohnungen benötigt. Derzeit werden aber nur 47.000 Wohnungen jährlich gebaut. „Die NRW-Koalition aus FDP und CDU hat das Baurecht modernisiert, um Hindernisse aus dem Weg zu räumen“, erklärt Stephen Paul.

Einzig ausreichend Wohnraum wird dafür sorgen, dass Wohnen dauerhaft bezahlbar bleibt. Jahrelang haben Bund und die rot-grüne Vorgängerregierung die Hürden für das Bauen erhöht und damit Neubauten verteuert und verhindert. Ein Mangel an neu gebauten Wohnungen verschärft die Preisentwicklung am Wohnungsmarkt. Wir brauchen deshalb ein positives Klima für den Neubau. Dazu haben



Stephen Paul

Baupolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion

wir konkrete Maßnahmen vorgesehen: Innen- und Nachverdichtung in unseren Städten, die Abschaffung von überflüssigen Verordnungen wie der Kappungsgrenzenverordnung und Förderprogramme für die Regionen rund um die Großstädte.

Bauvorhaben in NRW werden einfacher und effizienter. Um Ein- und Zweifamilienhäuser zu bauen, ist künftig kein langwieriges Baugenehmigungsverfahren mehr nötig. Denn wir haben das von Rot-Grün abgeschaffte Freistellungsverfahren im Baurechtsmodernisierungsgesetz wieder eingeführt.

Darüber hinaus gewährleisten wir Bauherren für alle Gebäudeklassen einen transparenten und schnellen Ablauf des Baugenehmigungsverfahrens – ganz gleich ob eine junge Familie ein Haus bauen oder ein Unternehmer aus einem ehemals gewerblich genutzten Gebäude eine Wohnimmobilie machen will. Dazu haben wir in der neuen Landesbauord-

nung die Durchführung einer Vollständigkeitsprüfung von eingereichten Bauvorlagen durch die Bauaufsichtsbehörde binnen zwei Wochen verankert. Zusätzlich gibt es erstmals eine öffentliche Berichtspflicht der Bauaufsichtsbehörden über die durchschnittliche Dauer von Genehmigungsverfahren. Damit geben wir Anreize, die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, und helfen, Kosten zu senken.

Die Digitalisierung bietet neue Chancen für Bauwillige und Kommunen. Uns ist es wichtig, eine umfassende Digitalisierungsoffensive voranzutreiben: Bisher bearbeiten nur 4,2 Prozent der Kommunen Baugenehmigungsverfahren elektronisch. Jetzt erleichtern wir den Kreisen, Städten und Gemeinden die Arbeit und unterstützen sie. Modellprojekte in vier Städten und zwei Landkreisen sind bereits gestartet.

Für Menschen mit Behinderungen setzen wir neue Maßstäbe: Die Barrierefreiheit wird in Nordrhein-Westfalen im Neubau zum Standard. Mit der Angleichung an die bundesweite Musterbauordnung schaffen wir rechtliche Klarheit und gleichen die Definition dem Behindertengleichstellungsgesetz NRW an. Neubauten werden in Zukunft nur noch nach barrierefreien Standards gebaut. So ermöglichen wir es den Menschen, möglichst lange auch im Alter in ihrem gewohnten Wohnumfeld leben zu können. Für rollstuhlgerechte Wohnungen stellt das Land künftig – je nach konkreter

TRANSPARENTERE UND SCHNELLERE BAUGENEHMIGUNG

Ausstattung – zusätzliche Förderdarlehen von über 30.000 Euro je Wohnung zur Verfügung.

Die moderne Landesbauordnung vereinfacht es den Menschen in unserem Land, ihre Träume vom Eigenheim zu verwirklichen und bis ins hohe Alter im gewohnten Zuhause wohnen bleiben zu können. Den Mieterinnen und Mietern ist geholfen, wenn sie leichter geeigneten und preisgünstigen Wohnraum finden. Wir machen damit unser Nordrhein-Westfalen als Heimat für fast 18 Millionen Menschen wieder ein Stück lebenswerter und fortschrittlicher. ■

Sicherheit steigern, Bürgerrechte schützen

POLIZEIGESETZ Nordrhein-Westfalen sicherer machen, der Polizei Instrumente zur Bekämpfung vor Terror und Kriminalität im 21. Jahrhundert geben und dabei die Bürgerrechte wahren – das ist der Anspruch der FDP-Fraktion beim Polizeigesetz, das jetzt im Landtag verabschiedet wurde.

Nur rechtssichere Gesetze machen unser Land sicherer“, erklärt der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Marc Lürbke. Deshalb hat die FDP-Fraktion die Kritik der Sachverständigen in der ersten Anhörung sehr ernst genommen. „Wir haben Änderungsbedarf im Gesetzentwurf identifiziert und sind auf unseren Koalitionspartner zugegangen“, blickt Lürbke zurück. In drei Punkten haben die Experten Zweifel angemeldet: beim Begriff der „drohenden Gefahr“, bei der maximalen Dauer des Unterbindungsgewahrsams und der genauen Ausgestaltung der Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ). „Unser Ziel ist, die Sicherheit in NRW zu steigern sowie die

Bürgerrechte entschieden zu wahren – beides gehört zusammen. Umso wichtiger war es uns, den Gesetzentwurf so rechtssicher wie möglich auszugestalten“, erklärt Lürbke. Nach Ansicht der Experten sind durch den umfassenden Änderungsantrag der Fraktionen von FDP und CDU die rechtlichen Zweifel ausgeräumt. Konkret sieht das Polizeigesetz jetzt folgende Regelung vor: Der Begriff „drohende Gefahr“ wurde aus dem Gesetz gestrichen. Es wurde ein Katalog von Straftaten eingeführt, bei denen frühzeitige Eingriffsmaßnahmen in Betracht kommen, dazu zählen etwa Mord und Totschlag, schwere Körperverletzung oder auch die Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion.

Stimmen zum Polizeigesetz

Stellungnahme Univ.-Prof. Dr. Dr. Markus Thiel, Deutsche Hochschule der Polizei:

„Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP schlägt durchweg verfassungsrechtlich unbedenkliche, praxisgerechte, sicherheitspolitisch sinnvolle und gegenüber den teilweise deutlich in die Kritik geratenen Regelungen des Gesetzentwurfs für das Sechste Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen präziserte, ‚handwerklich‘ optimierte und insgesamt sachgerechtere Änderungen vor.“

Stellungnahme Prof. Dr. Martin Klein, Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Münster:

„Der Änderungsantrag steigert Bestimmtheit und Rechtssicherheit und räumt verfassungsrechtliche Bedenken gegen den Gesetzentwurf der Landesregierung aus.“

Stellungnahme Prof. Dr. Kyrill-Alexander Schwarz, Institut für Staats- und Verwaltungsrecht, Rechtsphilosophie, Universität Würzburg:

„Der Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Landesregierung begegnet keinen verfassungsrechtlichen Bedenken und sollte daher in der vorliegenden Form vom Landtag verabschiedet werden.“

Gastbeitrag Kölner Stadtanzeiger von Burkhard Hirsch und Gerhart R. Baum:

Aus der Reihe der Landespolizeigesetze, die in jüngerer Vergangenheit aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und von Vorgaben der Europäischen Union novelliert wurden, ist das nordrhein-westfälische Polizeigesetz das freiheitsschonendste. Es steht im Kontrast zum bayerischen Polizeiaufgabengesetz (PAG). Durch das Eintreten der FDP sind im parlamentarischen Verfahren wesentliche Verbesserungen erzielt worden.

Die Maximaldauer des Unterbindungsgewahrsams wird auf 14 Tage festgesetzt. Sie kommt nur in Betracht, wenn dies zur Verhinderung einer unmittelbar bevorstehenden Begehung oder Fortsetzung eines Verbrechens erforderlich ist, nach einer weiteren richterlichen Anordnung ist maximal eine Verlängerung von 14 Tagen möglich. Dem Betroffenen ist die Gelegenheit zur Inanspruchnahme eines anwaltlichen Beistands zu geben. Bei der Quellen-TKÜ, also der Möglichkeit mit vorheriger richterlicher Entscheidung bei Terrorverdacht Zugriff auf laufende Chats in



Marc Lürbke

Innenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion

einem Messengerdienst wie WhatsApp zu erhalten, stehen die Änderungen auf rechtssicheren Füßen und unterscheiden sich so deutlich von Regelungen anderer Länder – insbesondere vom Polizeiaufgabengesetz in Bayern oder auch dem Polizeigesetz Baden-Württemberg. Um die Bürgerrechte der Betroffenen stärker zu schützen, wurden durch uns nachträgliche Rechtsschutzmechanismen eingeführt. Da die genauen Angaben zur verwendeten Software – also Hersteller und Version – zu protokollieren sind, ist dem Betroffenen die Überprüfung möglich, dass die Quellen-TKÜ wirklich ausschließlich die laufende Kommunikation betroffen hat. „Mit der FDP gibt es keine verfassungswidrige Onlinedurchsuchung, das war von Anfang an allen Beteiligten klar“, betont Lürbke.

„Mit dem Polizeigesetz erhalten unsere Ermittlungsbehörden effektive Instrumente, um Kriminalität wirksam zu bekämpfen. Die Balance von Bürgerrechten und Eingriffsbefugnissen wird gewahrt. Ich freue mich, dass eine große Mehrheit auch unter Zustimmung der SPD im Parlament dieses Gesetz unterstützt“, unterstreicht Lürbke. ■



Ausführliche Informationen zum neuen Polizeigesetz finden Sie hier:
bit.ly/2GiaR6S

NRW in Zahlen – Haushalt 2019

77,9

Milliarden Euro

So groß ist das
Gesamtvolumen für den
Haushalt 2019.

Zukunft Mittelstand und Handwerk

Wir meinen es ernst mit der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung. Eine von zahlreichen Maßnahmen ist die Verdoppelung der Mittel für die Modernisierung von überbetrieblichen Ausbildungszentren auf:

8 Millionen Euro

2.500

Kommissarsanwärter

Wir wollen NRW sicherer machen. Dazu stärken wir die Polizei, indem wir die Plätze für eine Ausbildung zur Polizistin oder zum Polizisten auf ein Rekordniveau erhöhen.

Digitalisierung

Mehr als

130

Millionen Euro
stehen 2019 für Digitalisierungsprojekte **zusätzlich** zur Verfügung.

Beste Bildung

19 Milliarden Euro

Mit dieser Summe ist der Einzelplan des Ministeriums für Schule und Bildung der größte Einzelhaushalt. Das ist auch richtig: Wir meinen, dass jeder Euro, der in Bildung investiert wird, eine Investition in die Zukunft ist.



Schuldentilgung

Für 2019 sind im Haushaltsplan über **30 Millionen Euro** Schuldentilgung vorgesehen. 2018 konnten im Haushaltsvollzug bereits **150 Millionen Euro** Schulden getilgt werden.

Kommunen

Noch nie war ein Landeshaushalt so kommunalfreundlich. Beispielsweise leitet das Land **432,8 Millionen Euro** Integrationspauschale des Bundes 1:1 an die Kommunen für die Integrationsarbeit vor Ort weiter.

450.000.000 Euro

Kitas

Ein gutes Kinderbildungsgesetz braucht Zeit. Deshalb sichern wir mit einer Brückenfinanzierung von rund **450 Millionen Euro** die Kindertageseinrichtungen für das Kita-Jahr 2019/20. Zudem stellen

wir **124 Millionen Euro** flankierend zum Sonderprogramm des Bundes für den Ausbau weiterer Kita-Plätze zur Verfügung. Schritt für Schritt verbessern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



Ralf Witzel und Christof Rasche: Für gesellschaftlichen Zusammenhalt

Starkes Land – starker Zusammenhalt

HAUSHALT Die Haushaltswende in NRW ist gelungen: keine neuen Schulden, wichtige Investitionen in die Zukunft und der Einstieg in die Schuldentilgung.

„Entscheidend ist die richtige Balance zwischen einem ausgeglichenen Haushalt und vernünftigen Investitionen in die Zukunft des Landes“, erklärt Christof Rasche, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion. In der Generaldebatte betonte Rasche, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt ein Ziel der NRW-Koalition ist. „Das ist ein Kontrast zu den internationalen Entwicklungen.“ Daher ist der Haushalt 2019 gekennzeichnet von ausgleichenden und verbindenden Elementen: generationengerechte Haushaltspolitik, aber verbunden mit klugen Zukunftsinvestitionen, sozialer Ausgleich mit guten Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung, eine Ergänzung und kein Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie sowie unser Ansatz der Verbindung von Freiheit und Sicherheit. „Wir finden Lösungen, die unser Land stark

machen und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen. Damit arbeiten wir daran, das Vertrauen der Menschen auch in den kommenden Jahren zu gewinnen“, sagt Rasche.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und haushaltspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Ralf Witzel, unterstreicht: „Die NRW-Koalition forciert eine Verschlinkung des Beteiligungsportfolios des Landes. Der Verkauf der defizitären WestSpiel-Gruppe wird nach Skandalen und Jahren der Misswirtschaft eingeleitet.“ Darüber hinaus wird das Land als Arbeitgeber attraktiver – durch gesteigerte Ausbildungszahlen bei Bildung und Sicherheit, durch Gesundheitsmanagement und durch ein modernes Personalmanagement. ■

 [Zur Rede von Christof Rasche: bit.ly/2BepQc4](https://bit.ly/2BepQc4)

NRW zu KI-Leitregion machen

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ Der digitale Wandel ist die größte Veränderung unserer Lebenswelt seit der Industrialisierung. Besonders faszinierend sind die Möglichkeiten, die sogenannte künstliche Intelligenz (KI) bietet.



Marcel Hafke im Gespräch mit dem humanoiden Roboter „Pepper“

Um die Chancen zu nutzen, die KI bietet, und dennoch mögliche Risiken nicht außer Acht zu lassen, ist eine gewissenhafte Herangehensweise entscheidend. Die FDP-Landtagsfraktion will die Erforschung und Anwendung in Nordrhein-Westfalen vorantreiben und NRW zum führenden Standort für KI machen. „Künstliche Intelligenz ‚elektrisiert‘ gerade wie kaum ein anderes Thema. Angesichts der enormen Chancen und der umwälzenden Veränderungen, die KI-Anwendungen versprechen, ist aber mehr nötig als nur Begeisterung“, erklärt der Sprecher für Digitalisierung der FDP-Landtagsfraktion, Marcel Hafke.

Ein erster Schritt ist mit dem bereits von FDP-Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart initiierten Kompetenzzentrum Künstliche Intelligenz getan, das sich mit Forschung, Wissenstransfer und Anwendungsethik beschäftigen soll.

„Auch die Debatte über ethische Herausforderungen von KI muss angestoßen werden, damit über Grenzen und Sicherheit der Technologie ein gesellschaftlicher Konsens erreicht werden kann“, betont Hafke.

Grundlage für den Einsatz von KI sind Daten. „Informationelle Selbstbestimmung und Datenhoheit sind für die FDP-Fraktion von großer Bedeutung. Es ist uns daher ein besonders wichtiges Anliegen, dass wir zu einem modernen Datenrecht kommen, das die Datensouveränität der Nutzer stärkt und schützt; ein Open-Data-Gesetz für offenen Austausch und Kooperation ist ebenfalls ein notwendiger Entwicklungsschritt“, sagt Hafke. ■

 [Positionspapier der FDP-Landtagsfraktion „Nordrhein-Westfalen zum führenden Standort bei der Erforschung und Anwendung künstlicher Intelligenz machen“: bit.ly/2EltxRy](https://bit.ly/2EltxRy)

SCHULEN

Nächste Schritte für beste Bildung in NRW

Schulministerin Yvonne Gebauer hat die Jury eingesetzt, die über die Auswahl der Talentschulen entscheidet. Außerdem kommt das Fach Wirtschaft neu auf den Lehrplan.

Jedes Kind hat Talente. Um Leuchttürme für Chancengerechtigkeit zu schaffen, werden durch bessere personelle und sachliche Ausstattung 60 Schulen in sozial benachteiligten Gegenden des Landes zu Talentschulen. Eine von Ministerin Gebauer berufene Experten-Jury hat begonnen, die vielversprechendsten Bewerbungen auszuwählen, um die Potenziale von Kindern individuell zu fördern und ihnen die beste Bildung zu ermöglichen. Es haben sich bereits 149

Schulen aus allen Regierungsbezirken beworben.

Für ein selbstbestimmtes Leben ist wirtschaftliche Kompetenz unerlässlich.

ÖKONOMISCHE BILDUNG NIMMT IN DEN SCHULEN NORDRHEIN-WESTFALENS BALD EINE WESENTLICH GRÖßERE ROLLE EIN

Deswegen nimmt die ökonomische Bildung in den Schulen Nordrhein-Westfalens bald eine wesentlich größere Rolle ein. An Realschulen startet das Fach Wirtschaft 2020/21, an Gymnasien beginnt Wirtschaft-



Yvonne Gebauer: „Für ein selbstbestimmtes Leben ist wirtschaftliche Kompetenz unerlässlich“

Politik schon im nächsten Jahr. Behandelt werden Themen wie Soziale Marktwirtschaft und Globalisierung, aber auch Konkretes wie Vertragsrecht im Handyvertrag, Dispozinsen und Steuererklärungen. ■

ANTISEMITISMUS

Leutheusser-Schnarrenberger erste NRW-Antisemitismusbeauftragte

Anfang November wurde die ehemalige Bundes-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger als erste Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen vorgestellt. Dieses Ehrenamt wurde neu geschaffen und mit ihr erstmalig besetzt. Nach mehreren Übergriffen auf jüdische Bürger setzt die

grüßt Dr. Joachim Stamp, stellvertretender Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, die Entscheidung. Neben jährlichen Berichten an den Landtag wird es ihre Aufgabe sein, präventive Maßnahmen zu initiieren und zu koordinieren sowie der Landesregierung und Opfern beratend zur Seite zu stehen. Ihr Selbstverständnis: „Es ist ganz entscheidend, Religionsfreiheit leben zu können. Antisemitismus darf keinen Raum bekommen.“ ■



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, ehemalige Bundes-Justizministerin und erste Antisemitismusbeauftragte in NRW

„ES IST GANZ ENTSCHEIDEND, RELIGIONSFREIHEIT LEBEN ZU KÖNNEN. ANTISEMITISMUS DARF KEINEN RAUM BEKOMMEN.“

NRW-Koalition damit ein Signal, dass sie Antisemitismus auch mit institutionellen Veränderungen angemessen begegnet. „Ich freue mich, dass mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger eine national wie international hoch anerkannte Persönlichkeit das Amt übernimmt“, be-



Kai Abrusatz, neuer Vizepräsident des Städte- und Gemeindebundes NRW

VERBAND

Kai Abrusatz gewählt

Kai Abrusatz, Bürgermeister der Stadt Stemwede im Kreis Minden-Lübbecke und Vorsitzender der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker in NRW, ist zu einem der drei Vizepräsidenten des Städte- und Gemeindebundes NRW gewählt worden. Erstmals seit 33 Jahren stellen die Freien Demokraten damit wieder einen Vizepräsidenten in einem kommunalen Spitzenverband. Dem Präsidium gehört Kai Abrusatz bereits seit 2000 an. Vor seiner Wahl zum Bürgermeister war Abrusatz unter anderem kommunalpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. ■

BUNDESHAUSHALT

Große Koalition muss investieren und Bürger entlasten

Christian Lindner und Otto Fricke kritisieren den an vielen Stellen zu kurz gedachten Haushaltsplan der Großen Koalition. Deutschland braucht mehr Zukunftsinvestitionen.

Der **Bundshaushalt** sieht für das kommende Jahr Ausgaben von 356,4 Milliarden Euro vor, knapp 13 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr. Doch während zukunftsorientierte Maßnahmen Mangelware sind, dominieren konsumtive Ausgaben wie Baukindergeld, Mütterrente oder Brückenteilzeit.

Otto Fricke kritisiert dies scharf: „Während die Wirtschaft brummt und die Steuerein-



Christian Lindner, Vorsitzender der FDP und der FDP-Bundestagsfraktion

nahmen sprudeln, verspielen Union und SPD leichtfertig die Chance, die Bürger gezielt zu entlasten, smarte Zukunftsinvestitionen anzustoßen und Deutschland ins digitale Zeitalter zu führen.“ Christian Lind-



Otto Fricke, haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

ner bemängelt zudem, dass die Bundesregierung keine Impulse für eine zukünftige Finanzierung des Haushalts setze: „Sie schaffen Ansprüche, die den Etat zukünftig strangulieren werden!“ ■

RENTE

Rentenpaket unverantwortlich

Die **Große Koalition** hat ein milliardenschweres Paket zur Stabilisierung der Rente verabschiedet. Aus Sicht der Freien Demokraten ist das absolut unverantwortlich. Denn: Mit dem Paket werden die Kosten explodieren. „Ein schlechter Tag für die Generationengerechtigkeit. Besser wäre es, wenn wir die Rente zukunftssicher modernisieren – die Skandinavier machen uns das erfolgreich vor“, sagte Johannes Vogel. Er kritisierte: „Rund 90 Prozent der Maßnahmen helfen nicht zielgerichtet gegen Altersarmut.“ Dennoch werde dafür die Rentenformel zu Lasten der Jüngeren manipuliert. ■



Johannes Vogel, rentenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und Generalsekretär der FDP NRW



ANKÜNDIGUNG

Neujahrsempfang findet am 13. Januar statt

Traditionell starten die Freien Demokraten in NRW mit dem Neujahrsempfang ins neue Jahr. Dieser findet am 13. Januar 2019, 11.00 Uhr im Maritim-Hotel in Düsseldorf statt. Das Jahr 2019 wird mit der Europawahl eine Richtungsentscheidung und eine Haltungsfrage, bei der wir Freien Demokraten für ein starkes, besseres und vor allem liberales Europa streiten. Daher freuen wir uns besonders auf unseren Gast Beate Meinl-Reisinger, die Vorsitzende der NEOS, unserer liberalen Freunde aus Österreich. Außerdem werden unter anderem der Landesvorsitzende Joachim Stamp und der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Christof Rasche, sprechen. ■

VERTEIDIGUNG

Berateraffäre aufklären

Die **Bundeswehr** fällt derzeit nicht nur durch fortwährende Probleme bei der Einsatzbereitschaft auf, auch der Einsatz externer Fachleute für einen dreistelligen Millionenbetrag wirft Fragen auf. Die FDP-Fraktion hat sich deswegen als treibende Kraft mit Grünen- und Links-Fraktion auf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verständigt. „Die im Raum stehenden Vorwürfe der Vetternwirtschaft und der möglichen missbräuchlichen Verwendung von Steuergeld belasten die Truppe und das Ansehen unserer Soldaten“, sagt Marie-Agnes Strack-Zimmermann. ■



Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, verteidigungspolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion und stellv. FDP-Bundesvorsitzende



Moderne Antworten bei Umwelt- und Naturschutz

UMWELTPOLITIK Ökonomie und Ökologie versöhnen ist Leitgedanke der FDP-Fraktion in der Umweltpolitik. Besonders notwendig ist das nach Jahren der ideologischen Politik der Grünen in NRW.

Seitdem die Regierung von FDP und CDU getragen wird, werden wichtige Weichen für eine moderne Politik gestellt, die alle Akteure versöhnt statt spaltet. „Die FDP hat die Umweltpolitik in Deutschland erfunden und entscheidend geprägt. An diese Tradition knüpfen wir in Nordrhein-Westfalen an“, sagt Markus Diekhoff, Sprecher für Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft und Jagd der FDP-Landtagsfraktion. Die richtige Balance zwischen Ökologie und Ökonomie ist dabei notwendig. „Denn nur eine starke und wettbewerbsfähige Wirtschaft und Landwirtschaft können die finanziellen Mittel erzielen, die wir zum Schutz der natürlichen Ressourcen, der Natur und Tierwelt in Nordrhein-Westfalen benötigen.“ Durch die rot-grüne Vorgängerregierung ist das Verhältnis jedoch aus dem Gleichgewicht geraten: durch die Hygieneampel, bei der bürokratische Dokumentation wichtiger war als die Sauberkeit, durch das ideologische und praxisferne Jagdgesetz, durch massive Einschränkungen für landwirtschaftliche Betriebe und durch Verschärfungen im von Rot-Grün neu aufgestellten Landesnaturschutzgesetz. Sichtbare Auswirkungen hat auch die jahrelange völlige Tatenlosigkeit der Vorgängerregierung bei der Entwicklung effektiver Luftreinhaltepläne zur Verhinderung von Diesel-Fahrverboten.

„Die Hygieneampel konnte sehr schnell abgeschafft werden, umfassende Gesetzesnovellen dauern etwas länger. Aber wir haben uns auf den Weg gemacht. Dabei haben wir uns

vorgenommen: weniger Bürokratie, weniger Bevormundung, dafür mehr Vertrauen in die handelnden Menschen“, betont Diekhoff.

Beim Jagdgesetz gibt es viele Baustellen, und Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. „Wir haben ein gutes neues Jagdgesetz vorgelegt, das im Januar 2019 beschlossen werden wird. Im Sinne der Jäger, des Arten- und Tierschutzes und des Naturschutzes“, sagt Diekhoff. Ex-



Markus Diekhoff
Umweltpolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion

perten haben in der Anhörung einmal mehr bestätigt, dass das angeblich „ökologische“ Jagdgesetz aus der Feder des ehemaligen NRW-Umweltministers Rimmel weder ökologisch noch praktikabel ist. „Praxisferne Einzelbestimmungen werden jetzt beseitigt, und die große Expertise der Jägerinnen und Jäger in NRW wird wieder genutzt und geschätzt. Jagd ist gelebter Natur- und Tierschutz, und

die Jägerschaft leistet ehrenamtlich einen großen Dienst für die Gesellschaft. Wir geben den Jägern für diese Leistungen wieder Wertschätzung und erkennen die Expertise für den Tier- und Artenschutz an.“ Ein Thema, das die Menschen am Niederrhein und an der Grenze zu Niedersachsen besonders beschäftigt, ist die Rückkehr des Wolfs. „Rot-Grün hat den Wolf verklärt und die Ängste und Sorgen der Menschen ins Lächerliche gezogen“, sagt Diekhoff. Damit ist jetzt Schluss. Auf Initiative der FDP-Fraktion hat der Landtag mit den Stimmen der Koalition beschlossen, eine schlüssige Strategie für den Umgang mit dem Wolf zu entwickeln. Vor allem vor dem Hintergrund, dass der hohe Schutzstatus des Wolfs in absehbarer Zeit auf europäischer Ebene gesenkt wird, da der günstige Erhaltungsstatus des Wolfs bald erreicht sein sollte. „Wenn es so weit ist, könnten analog zum Rotwild Verbreitungsgebiete definiert werden, in denen ein konfliktfreies Zusammenleben mit dem Wolf möglich ist. In anderen Gebieten könnte der Wolf dann bejagt werden“, sagt Diekhoff. Außerdem wurden schnelle und unbürokratische Entschädigungen für Weidetierhalter beschlossen, die durch die Risse von Wölfen in Existenznot geraten.

Im nächsten Jahr stehen Reformen des Landesnaturschutzgesetzes, des Landeswassergesetzes und bei der umstrittenen Dichtheitsprüfung an. „Wir wollen als FDP-Fraktion moderne und fortschrittliche Lösungen für die Umweltpolitik finden.“ ■

KOMMUNALPOLITIK

Straßenausbaubeiträge modernisieren

Die FDP-Landtagsfraktion sieht bei den Straßenausbaubeiträgen Modernisierungsbedarf. Dazu hat die Fraktion gemeinsam mit dem Koalitionspartner erste Eckpunkte vorgelegt.

„Mit der Reform werden wir zukünftig verhindern, dass Eigentümer durch hohe Einmalbeiträge überfordert werden“, unterstreicht Henning Höne, Parlamentarischer Geschäftsführer und kommunalpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, das Ziel. „Bei einer Abschaffung der Ausbaubeiträge müsste das Land den Kommunen die Einnahmeausfälle ersetzen, mindestens 150 Mio. Euro pro Jahr. Dieser Ausgleich ist aus dem Landeshaushalt ohne Einschnitte in anderen Fachbereichen nicht seriös darstellbar“, erläutert Höne. Andere Bundes-

länder verzichten auf die Erhebung – dort spielen dann aber oft Grund- und Gewerbesteuern eine größere Rolle. Der Finanzausgleich für die bayerischen Kommunen ist noch immer unregelt, in Mecklenburg-Vorpommern soll, um die Abschaffung der Ausbaubeiträge zu finanzieren, die Grunderwerbsteuer angehoben werden.

„Freie Demokraten stehen für eine Politik, die rechnen kann. Wir verschließen vor der haushaltspolitischen Realität nicht die Augen“, sagt Höne. Deshalb will die Fraktion Bürgerinnen und Bürger frühzeitiger an den Planungen der Straßenbauprojekte beteiligen. Darüber hinaus sollen die Kommunen mehr Handlungsspielraum erhalten. Darum wird geprüft, inwiefern den Kommunen die Erhebung der Beiträge freigestellt werden kann. Außerdem braucht es rechtssichere Lösungen für Härtefälle und einen Rechtsanspruch auf Ratenzahlungen. ■



Henning Höne, kommunalpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion

BÜRGERINNEN UND BÜRGER FRÜHZEITIGER AN DEN PLANUNGEN DER STRASSENBAU-PROJEKTE BETEILIGEN

BILDUNG

Mehr Gedenkstättenfahrten

Das Land verdoppelt für 2019 die Mittel für Gedenkstättenfahrten von Schülern. Der Besuch von Gedenkstätten hat für die FDP-Fraktion einen hohen Stellenwert, deshalb hatte die FDP die Förderung gemeinsam mit der CDU im Haushalt 2018 erstmalig verankert. Die Schulen haben das Angebot zahlreich angenommen. Die politische Bildung und das Bewusstsein für die deutsche Geschichte sind ein wichtiger Faktor der Allgemeinbildung. Neben Fahrten zu Gedenkstätten des Nationalsozialismus sollen auch Besuche an Gedenkorten des DDR-Unrechts stärker gefördert werden. ■



Franziska Müller-Rech, schulpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion

GEWALT GEGEN FRAUEN UND MÄDCHEN

Hilfe ausbauen

Gewalt gegen Frauen und Mädchen hat vielfältige Formen. Opfer werden gedemütigt, misshandelt und missbraucht. Ein selbstbestimmtes Leben ohne Angst ist nicht mehr möglich. Um aus dem Teufelskreis auszubrechen, brauchen Betroffene Unterstützung. Die NRW-Koalition geht konsequent gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen vor. Neben dem Ausbau von Frauenhausplätzen setzt die FDP auf bessere Vernetzung von Hilfsangeboten und die Bereitstellung von Sets zur anonymen Spurensicherung, damit Gewalttaten und Missbrauch auch nachträglich noch zur Anzeige gebracht werden können. ■



Susanne Schneider, gleichstellungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion

VERANSTALTUNG

Europakongress

Die FDP-Landtagsfraktion lädt am Dienstag, 22. Januar, um 18.30 Uhr zum Europakongress ein. Kaum ein anderes Land in Europa profitiert so deutlich vom geeinten Europa. Unter dem Titel „Starke Regionen für ein starkes Land“ debattiert die Fraktion mit Referenten aus Belgien, den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen darüber, wie Europa weiter verbessert werden kann. Die Themen Forschung und Lehre sowie grenzüberschreitender Arbeitsmarkt stehen dabei im Mittelpunkt. ■



Informationen zur Anmeldung:
bit.ly/2UjctQE



Die FDP-Landtagsfraktion lädt am Dienstag, 22. Januar, um 18.30 Uhr zum Europakongress

Vom Fernsehen ins Parlament – wie hat sich Ihr Blick auf Politik und Medien verändert?

Ich gebe zu, in den ersten Monaten nach der Wahl in den Landtag bekam ich immer, wenn ein Kamerateam an mir vorbeidüste, ein Kribbeln in den Fingern, und der kleine Mann im Ohr fragte: „Bist du auf der richtigen Seite?“ Ja, bin ich. Als Journalist und Reporter kratzt man an Problemen nur. Als Politiker kann ich Themen vertieft angehen und an Veränderungen konkret arbeiten. Ich treffe oft alte Kollegen, die dies an meinem Job beneiden. Journalisten und Politiker müssen ferner beide schnell auf Themen reagieren und Positionen entwickeln. Aber nur wir Politiker stehen danach unter Beschuss für unsere Meinung. Obwohl sich das auch ändert. Viele Journalisten stehen über die sozialen Medien jetzt auch unter kritischer Beobachtung. Und haben damit ihre Probleme.

Erinnern Sie sich noch an Ihre erste Rede im Landtag?

Oh ja. Vor allem erinnere ich mich daran, wie ich mich beim „ersten Mal“ mit riesigem Lampenfieber dem Rednerpult näherte. Und da erinnerte ich mich an meine kurze Atemübung vor der ersten Live-Schalt im TV. Solche Augenblicke vergisst man nicht. Es ging übrigens in meiner ersten Rede um den Medienhaushalt und den Streit zwischen Sendern und Verlagen. In keinem Bereich, bei dem es um Kommunikation geht, wurde so wenig miteinander kommuniziert. Man hat sich lieber verklagt. Heute ist das anders. Alle haben den gleichen Feind – auf der anderen Seite des Atlantiks.

Ruhrgebiet und FDP – wie passt das zusammen?

Das ergänzt sich gut, zumal wir Freien Demokraten uns nicht an die jahrzehntelang gepflegten Machtstrukturen angepasst haben. Und so gibt es immer wieder Funken sprühende Reibungen. Für die FDP im Ruhrgebiet aktiv zu sein, trainiert politische Standhaftigkeit, Haltung und Ausdauer. In der Auseinandersetzung ist der Ton zuweilen rau und hart.

Sie sind als Vorsitzender des Verkehrsausschusses im Landtag oft Moderator: Streit über welches Verkehrsthema können Sie nicht mehr hören?

Dass sich immer die rot-grünen Flitzpiepen über Staus und Baustellen auf Straße und Schiene laut beschweren, die in ihrer Regierungszeit den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur verschlafen und blockiert haben. Da die NRW-Koalition die Mängel offensiv angeht, gibt es freilich mehr Baustellen und damit vorübergehend mehr Staus.

Und worüber wird zu wenig debattiert? Um im Bild zu bleiben: Wo möchten Sie die Verkehrspolitik beschleunigen?

Wir brauchen eine ideologiefreie Konzeption für unsere Verkehrsnetze und Mobilität im digitalen Zeitalter. Gerade die Fragen der Digitalisierung im Verkehrsbereich sind vor 2017 nicht angegangen worden.

In der Fraktion sind Sie außerdem Sprecher für Europa: Was bedeutet der Brexit für NRW?

Gejammert wird genug. Ich bin mir sicher, NRW wird internationaler durch neue Ansiedlungen. Außerdem rücken wir mit den nahen Nachbarn, den Beneluxländern, noch enger zusammen.



Thomas Nückel, 1962 geboren, über drei Jahrzehnte als freier Journalist tätig, zunächst Print, dann TV, mit 16 in die FDP, fünf Jahre Stadtverordneter in Herne und 2004 bis 2014 FDP-Fraktionsvorsitzender beim RVR, seit 2012 Mitglied des Landtags.

-  thomas-nueckel.de
-  facebook.com/thomas.nueckel.7
-  twitter.com/thomasnueckel
-  youtube.com/ThomasNueckelTV

Und das nicht nur, weil in allen drei Staaten liberale Ministerpräsidenten regieren. Wir müssen uns klar werden, was es kosten würde, wenn es die EU nicht gäbe.

Wie finden Sie Ausgleich neben der Politik?

Schwimmen, Lesen und Theaterbesuche sorgen für einen kleinen Ausgleich. Ich springe aber auch gerne bei Lesungen und Moderationen ein – danach bin ich immer völlig tiefenentspannt.

Impressum: Herausgeber: FDP-Landesverband und FDP-Landtagsfraktion | Redaktion: verantwortlich für Inhalt und Seiten der FDP-Fraktion Nadja Kremser, verantwortlich für Inhalt und Seiten des Landesverbandes Mirco Rolf-Seiffert
 Anschrift der Redaktion: FDP NRW, Wolfgang-Döring-Haus, Sternstraße 44, 40179 Düsseldorf, nrw@fdp.de; FDP-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, fdp-fraktion@landtag.nrw.de
 Verlag: Liberale Wirtschaftsdienstleistungs GmbH (LWD) | Konzept und Beratung: Helmut Vandenberg | Layout und Satz: Sebastian Zimmer | Gesamtherstellung: Universum Kommunikation und Medien AG, Reinhardtstraße 16, 10117 Berlin
 liberal.nrw | Das FDP-Magazin vom Partner und Fraktion in Nordrhein-Westfalen

Sie können das liberal.nrw auch online lesen! Besuchen Sie dazu einfach:
issuu.com/liberal-nrw